

Dipl.-Ing. Helmut Häuser

2211 Wewelsfleth
Hollerwettern 16
14. Dezember 1975

Amt für
Land- und Wasserwirtschaft
Abt. Wasserwirtschaft

2210 Itzehoe
Victoriastr.7

Betr.: Genehmigungsantrag der Kernkraftwerk Brokdorf GmbH

Sehr geehrte Herren!

Gegen die Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung für die Einleitung radioaktiven Kühlwassers in die Elbe erhebe ich aus folgenden Gründen Einspruch.

- A. Die Beantragung der Wasserrechte für das geplante Atomkraftwerk Brokdorf ist verfrüht, denn
1. Die zwingende Notwendigkeit für die Erzeugung zusätzlicher elektrischer Energie aus einem weiteren Atomkraftwerk ist ebensowenig wie das Fehlen von praktikablen Alternativen hierzu überzeugend nachgewiesen worden.
 2. Der Standort Brokdorf liegt außerhalb der bisher in den Regionalplanungen ausgewiesenen Industriegebiete Stade und Brunsbüttel.
 3. Über die gesundheitlichen Gefahren als Folge des Normalbetriebes und der nicht auszuschließenden Störfälle liegen aus den bisher betriebenen Atomkraftwerken zu wenig Erfahrungen vor, so daß der Bau weiterer Atomkraftwerke im gegenwärtigen Zeitraum nicht zu verantworten ist.
 4. Die Uranbrennstoffe sind begrenzt und das Entsorgungsproblem des Atom Mülls ist noch nicht gelöst.
 5. Die politische Frage nach der Akzeptabilität der Gesamtfolgen der Atomenergie ist durch eine einseitige Propaganda für die Atomenergie bisher noch nicht gestellt, diskutiert und beantwortet worden.

Die Schaffung dieser Grundvoraussetzungen für ein weiteres Atomkraftwerk an der Unterelbe bedarf eines ausreichend langen Zeitraumes, so daß die Behandlung des Wasserrechtes zum heutigen Zeitpunkt den Betroffenen unzumutbare Nachteile bringt, während es dem Antragsteller ungerechtfertigte Vorteile verschafft. Deshalb ist das Verfahren bis zur Erledigung der Punkte 1. bis 5. zurückzustellen.

B. Die Einleitung der beantragten "Abwärme", die dem derzeitigen Stromverbrauch von Hamburg und Schleswig-Holstein gleichwertig ist, ist neben der kritischen Belastung der Umwelt eine derartige Verschwendung der begrenzten Energievorräte, daß nur durch die Ablehnung eines solchen "Wasserrechts der Verschwendung" ein wirksamer Anreiz für die sinnvolle Nutzung der Energie geschaffen werden kann.

C. Bei einer Trennung der Genehmigungsverfahren in einzelne Teilgenehmigungen ist nach über 21.000 Einsprüchen zum atomrechtlichen Verfahren die jetzige Form der Bekanntmachung ungenügend. Gerade wegen der fehlenden Grundvoraussetzung A.5.(s.o.) müssen die Einwender im atomrechtlichen Verfahren persönlich benachrichtigt werden, wenn ein abgetrenntes Teilverfahren anläuft und ein neuer Einspruch notwendig ist. Das wasserrechtliche Verfahren ist mit der persönlichen Benachrichtigung der Einwender des atomrechtlichen Verfahrens nochmals neu zu beginnen.

D. Die Auswirkungen der Genehmigung sind zum heutigen Zeitpunkt weder von den Betroffenen noch von den von ihnen beauftragten Fachleuten zu erkennen.

1. Die Zusammenhänge, Fakten und Auswirkungen sind in den Gutachten verwirrend dargestellt.
2. Es fehlen klare Zusammenfassungen.
3. Die Gutachten kommen anscheinend zu unterschiedlichen Aussagen über denselben Sachverhalt und sind nicht aufeinander abgestimmt.
4. Es fehlen klare Aussagen über unberücksichtigte Einflüsse und weshalb trotzdem Aussagen möglich sind.
5. Es ist in vielen Fällen nicht ersichtlich, wo sich die Aussagen auf Spekulation oder ungesicherte Annahmen bzw. Voraussetzungen stützen und wo Meßwerte und Fakten eine eindeutige Klärung ermöglichen.

Deshalb muß zunächst ein ökologischer Gesamtlastplan erarbeitet werden, der von der Fachwelt diskutiert und akzeptiert wird und zusätzlich in allen entscheidenden Punkten durch Messungen bestätigt wurde. Der betroffenen Bevölkerung müssen die Auswirkungen in verständlicher Form vorgelegt werden. Bis dahin ist das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren zurückzustellen.

E. Die Einwender werden durch die schlecht aufbereiteten Unterlagen, durch das gewählte Auslegungsverfahren sowie durch die Notwendigkeit der dreifachen Ausfertigung der Einwendung behindert.

1. Die Einwender hatten trotz Diskussion mit der Behörde keine Möglichkeit, wichtige Stellen zu kopieren. Die Erlaubnis, auf Band zu sprechen oder abzuschreiben ist kein gleichwertiger Ersatz.
2. Das Kopierverbot machte das Hinzuziehen von Fachleuten praktisch unmöglich. Es beschränkte den Teilnehmerkreis auf diejenigen, die sich während der Amtstunden Ferien nehmen konnten. Gleichzeitig konnte die Zeit entweder nur zum Lesen oder weitgehend nur zum Abschreiben genutzt werden. Für ein solches Verfahren ein unglaublicher Zustand.
3. Für die Erörterung ist der Einwender durch das Kopierverbot derart benachteiligt, daß der Sinn einer Erörterung unter den von der Behörde geschaffenen Umständen von vornherein in Frage gestellt ist.

Das Verfahren ist zu wiederholen und die Unterlagen sind ausreichend zugänglich zu machen.

F. Spezielle Punkte aus den Unterlagen

1. Die gesamte Kühlwasserwenge soll aus mehreren Metern Höhe in den Rücklaufkanal fallen. Es wird keine Aussage über die damit verbundene Lärmbelastung gemacht.
2. Der beantragte Zusatz von Algiciden zur "Reinhaltung" der Kondensatorrohre gefährdet nach dem Gutachten von Prof. Caspers die Abbauvorgänge in der Elbe. Der gleiche Antrag wurde bereits für das Atomkraftwerk Krümmel gestellt und bei der Erörterung als nicht notwendig (von den Vertretern der NWK/HEW) erklärt.
3. Radioaktive Stoffe dürfen nicht durch das Kühlwasser in die Elbe gleitet werden, sondern müssen durch Entzugsanlagen entfernt und durch geeignete Entsorgungsverfahren unter Kontrolle gehalten werden.
4. Das Abpumpen der radioaktiven Abwässer durch "selbsttätige Abgabepumpen" in das Kühlwasser ist ohne Beschreibung der Probleme bei Störfällen und der dann erfolgenden Verriegelungen nicht beurteilbar. Ähnliches gilt für die Synchronisation auf die Tidenverhältnisse und die Zeitpunkte aus den Einleitungen der anderen Atomkraftwerke, insbesondere von Brunsbüttel (s. Gutachten).
5. Das Fehlen einer Nuklidüberwachung bei der automatischen Abgabe wird den Notwendigkeiten bei Störfällen nicht gerecht.
6. Das Partencky Gutachten vom 28.10.75 geht von ungesicherten Annahmen aus, wenn es sich auf den Wärmelastplan der Elbe bezieht. Etwas S.22 "Die im Wärmelastplan vorgeschriebene maximal zulässige Temperaturerhöhung..."
7. Die Aussagen des thermisch-hydraulischen Modells sind anzuzweifeln, da nicht die dreifache Tiefenverzerrung des Modells als ohne Einfluß auf die Aussagen nachgewiesen werden, da nicht die ~~g~~minderte Oberwasserführung der Stör nach der Entnahme des Wassers für die Veba diskutiert wurde, da nicht die Veränderung der Verhältnisse in der wichtigen Uferzone vor Brokdorf nach der Aufspülung aus der Elbevertiefung betrachtet und da für die Wärmeeinleitung aus Brunsbüttel nur die jetzt bekannten Werke, nicht jedoch ein Budget für weitere Industriebetriebe betrachtet wurden.
8. Es fehlen Angaben über die Anreicherung von radioaktiven Stoffen auf dem Elbgrund ("heiße Stellen" nach Prof. Feldt) und über die Methode, zukünftig das Baggergut zu überwachen und evtl. unschädlich zu lagern.
9. Es wird bei einer Wachstumswirtschaft, mit der die Industrialisierung der Unterelbe begründet wird, nicht zu verhindern sein, daß die zukünftige Belastung der Elbe mit abbaubaren Stoffen zunimmt. Deshalb ist festzulegen, wie diese Belastung der Elbe vermindert werden soll, damit die "katastrophale Auswirkung" (Prof. Caspers Gutachten) im Zusammenhang mit der thermischen Belastung nicht eintritt. Denn allein die Mikroorganismen, die nach dem Durchgang durch das Kraftwerk absterben stellen eine solche zusätzliche Belastung dar.

10. Die Genehmigungsvoraussetzung fehlt, wenn auf S.68 im Gutachten von Prof. Caspers ausdrücklich erwähnt wird, daß die Auswirkungen der chemischen Abwässer von Brunsbüttel nicht betrachtet wurden und daß sie für das Ökosystem vor Brokdorf eine große Gefahr darstellen.
11. Die Sauerstoffrechnung ist nicht quantitativ und nachprüfbar erfolgt. Wie wirkt sich beispielsweise die "zusätzliche Zehrung" durch absterbende Organismen nach Durchgang durch das Kraftwerk aus oder die Abdeckung von 40 km² Elboberfläche durch erwärmtes Wasser (0,2 °C Isotherme)?
12. Die Belastungsgrenze der Elbe ist bereits heute überschritten, da in Brokdorf Badeverbot seit einigen Jahren besteht. Eine Aufteilung in hygienische und chemische, organische bzw. thermische Belastung mit voneinander unabhängigen Wirkungen ist unzulässig.
13. Das Gutachten des Instituts für Reaktorsicherheit IRS geht immer nur vom Normalbetrieb aus. Trotzdem ergibt sich für das Jod 131 bereits ein Wert, der über der gesetzlich zulässigen Grenze und weit über den in den USA gültigen Wert und demjenigen der anderen Radionuklide liegt. Mit welcher Berechtigung darf hier eine Ausnahme für ein einzelnes Nuklid gemacht werden?
14. Die Annahme des IRS Gutachtens, daß bei Sturmfluten keine radioaktiven Abwässer eingeleitet werden, kann nicht aufrechterhalten werden solange Sturmfluten nicht über mehrere Tage im voraus vorhergesagt werden können.
15. Die Zunahme des Dampfnebels ist örtlich begrenzt und gefährdet deshalb die Wassersportler.

Ich behalte mir vor, zum Erörterungstermin weitere Einwendungen geltend zu machen.

Hochachtungsvoll